

## DG-Beschäftigungszelle kann eingerichtet werden

90 Stellen bei der Supermarktkette Carrefour und 36 beim Kunststoffspezialisten Aspel gehen verloren: Der ostbelgische Arbeitsmarkt musste Ende Februar gleich zwei Nackenschläge verkraften. Mehrere Parlamentarier aus Mehrheit und Opposition erkundigten sich im Rahmen der Plenarsitzung von Montagabend, wie die Regierung der DG mit den angekündigten Arbeitsplatzverlusten umgeht.

Beschäftigungsminister Oliver Paasch (ProDG) erklärte, dass sich Carrefour und Aspel noch in einer ersten Konsultationsphase im Rahmen des so genannten Renault-Verfahrens befänden. Danach werde es darauf ankommen, einen Sozialplan auszuarbeiten. »Gerade in diesen beiden wichtigen und sensiblen ersten Phasen des Sozialdialogs sollten sich Politiker davor hüten, sich mit unbedachten Äußerungen in die Verhandlungen einzumischen oder gar das Ergebnis der Verhandlungen vorwegzunehmen«, so Paasch.

Erst nach der Einigung auf einen Sozialplan werde eine Beschäftigungszelle gegründet, deren Aufgabe darin besteht, die entlassenen Arbeitnehmer bei ihrer Suche nach einem neuen Job zu unterstützen. Dabei wird oft auf Outplacementanbieter zurückgegriffen.

### **Nicht unvorbereitet**

Paasch widersprach energisch einer über die Presse geäußerten Kritik von Patrick Meyer (CSP), wonach die DG den Massenentlassungen »blauäugig« und »unvorbereitet« gegenüberstehe. Am 11. Mai 2009 habe das Parlament dem Arbeitsamt der DG sogar explizit und per Dekret den Auftrag erteilt, »koordinierende Maßnahmen bei Massenentlassungen zu ergreifen«. Die Beschäftigungszelle der DG könne also bei Massenentlassungen eingerichtet werden und dem Umstrukturierungsbetrieb seine Dienstleistungen anbieten. Meyer hatte in seiner Interpellation eine solche DG-Beschäftigungszelle gefordert.

Zusätzlich dazu eine DG-eigene Outplacementagentur zu gründen, hält der zuständige Minister für nicht opportun. »Es gibt in der DG mehrere Outplacementanbieter mit hochwertigen Dienstleistungen in deutscher Sprache.« Zudem habe die Regierung jederzeit die Möglichkeit, zu überprüfen, ob ein Outplacementangebot den inhaltlichen Anforderungen genügt.

### **Krisendekret**

Paasch führte eine ganze Reihe von Maßnahmen des Föderalstaates an, die den Arbeitsmarkt in Krisenzeiten beleben sollen. Darüber hinaus leiste die DG einen eigenen Beitrag: »Im Krisendekret

haben wir eine interessante und bislang in der DG einzigartige beschäftigungspolitische Maßnahme vorgesehen«, so der Minister.

»Über ein Sonderbeschäftigungsprogramm wollen wir finanzielle Anreize für Unternehmer schaffen, die ältere Arbeitssuchende einstellen.« Paasch bedauerte, dass dieses Krisendekret im Parlament zu Beginn dieses Jahres noch nicht verabschiedet werden konnte, weil CSP und Vivant ein Gutachten des Staatsrates zu einzelnen Artikeln verlangt hatten. »Wir können wegen CSP und Vivant das Sonderbeschäftigungsprogramm zugunsten älterer Arbeitsloser noch nicht umsetzen. Wir haben zwei Monate verloren. Und ich sage Ihnen ganz offen: Ich halte das für einen Skandal!«

Paasch kündigte neben dem besagten Sonderbeschäftigungsprogramm eine Reihe kurzfristiger Maßnahmen an: »Wir werden beispielsweise den betroffenen Arbeitssuchenden, die ein Outplacementangebot in Anspruch nehmen, zusätzliche Sozialleistungen wie Ausbildungsprämien, Fahrtentschädigungen und Versicherungen zur Verfügung stellen.« Von einer ähnlichen Unterstützung könnten darüber hinaus Beschäftigte in Kurzarbeit profitieren, um sich weiterzubilden.

Als Fazit seiner Antwort auf die Interpellationen zur aktuellen Lage auf dem ostbelgischen Arbeitsmarkt erklärte der Beschäftigungsminister: »Diese Regierung wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um entlassenen Arbeitnehmern dabei zu helfen, eine neue Arbeitsstelle zu finden.«(boc)